

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl  
Kühnemann

Verlag: Carl  
Kühnemann

Druck: Carl  
Kühnemann

## Brüning will eine Lex Hindenburg

### Neuwahl auf sieben Jahre durch den Reichstag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Januar. In Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen über die Aktion Brüning in der Präsidentschaftsfrage wird von autorisierter Seite mitgeteilt, daß es sich bei dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf nicht etwa nur um eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten, sondern um eine Neuwahl durch den Reichstag handelt. Der Gesetzentwurf sieht eine Neuwahl mit einer siebenjährigen Amtsdauer vor. Es ist der Entscheidung des Reichspräsidenten u. Hindenburg überlassen, wann er von seinem Amt zurücktreten wird. Dabei muß aber beachtet werden, daß nun nicht grundsätzlich die Neuwahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag stattfinden soll, sondern es handelt sich um eine Lex Hindenburg, die nur für diesen Einzelfall Anwendung findet.

Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, befaßt sich in längeren Ausführungen mit diesem Gesetzentwurf. Sie sagt, die Bemühungen der Reichsregierung, die sich verhandelt im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten unternommen würden, gingen zunächst dahin,

im Reichstag eine Einheitsfront der Parteien für ein diesbezügliches Gesetz, das verfassungsändernden Charakter trage, zu gewinnen.

Es sei eine aus sachlichen und persönlichen Gründen unvermeidbare Forderung, daß — abgesehen von den Kommunisten — alle deutschen Parteien sich in diese Einheitsfront einließen und dem Gesetz ihre Zustimmung gäben. Das Blatt nennt die Hoffnung nicht unberechtigt, daß angesichts der ungewissen Entscheidungen, die das deutsche Volk einmal in diesen Monaten von der Welt zu fordern habe, alle auf der parteipolitischen Ebene stehenden Nebenbühler wenigstens hinsichtlich dieser einen staatspolitischen Handlung einmütig einverstanden sein würden. Die Verantwortung derer, die sich diesem Ziele etwa entgegenstellen sollten, sei nicht gering. Zum Schluß sagt das Blatt: Die Entscheidung, die von den Parteien gefordert wird, vertritt keine Bedingung und keine Voraussetzung. Es wäre eine Entwürdigung des solidarisches Aktes, wenn dieser mit politischen Gegenforderungen behaftet würde, die gerade das Beste zerschlagen müßten. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, Herr Hitler

und Herr Eugenber, werden sich noch heute entscheiden müssen.

In den frühen Nachmittagsstunden des Freitags hatte der Reichsinnenminister Groener eine weitere Unterredung mit dem Führer der NSDAP, Adolf Hitler.

Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird von Seiten der Reichsregierung zunächst noch Stillschweigen bewahrt. Nach dieser Unterredung hat sich Adolf Hitler nach Leipzig begeben, wo am Sonntag Gemeindevorwahlen stattfinden.

Hitler wird Sonnabend früh nach Berlin zurückkehren. Sodann wird die angekündigte Besprechung mit dem deutschnationalen Parteiführer Geheimrat Eugenber stattfinden.

und bis gegen 1 Uhr — dem vom Reichkanzler Dr. Brüning gemächten Zeitpunkt — wird Adolf Hitler seine Entscheidung, die er sich am Donnerstag noch vorbehalten hat, der Regierung bekanntgeben.

Wie diese Entscheidung ausfallen wird, läßt sich mit völliger Bestimmtheit heute noch nicht sagen. In politischen Kreisen ist man nach wie vor der Auffassung, daß die größere Wahrscheinlichkeit für ein Ablehnen der Brüning'schen Aktion spricht. Trotzdem fiel es am Freitagabend aus, daß man in einigen Kreisen, die sich sonst als über die politische Entwicklung ebenfalls gut unterrichtet erweisen, eine etwas optimistischere Auffassung vertrat und der Meinung Ausdruck gab, daß für Dr. Brüning noch nicht alle Chancen verloren seien. Auf welche tatsächlichen Momente sich allerdings diese Auffassung stützt, ist nicht bekannt. Ob sie recht behält, wird sich ja nun in Kürze erweisen.

Entgegen anderslautenden Meldungen einiger Blätter hat Reichkanzler Brüning heute keinerlei Besprechungen mit den Führern der Mittelparteien gepflogen. Von den Reichstagsfraktionen hat sich bisher lediglich die Wirtschaftspartei mit der Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten befaßt. Sie wurde einem verfassungsmäßigen Gesetz zustimmen, wenn sich die Aussicht auf die erforderliche qualifizierte Mehrheit bietet. Von den übrigen Fraktionen wird sich am Sonnabend die Deutschnationale Volkspartei mit der Angelegenheit befassen. Die Fraktion tritt am Nachmittag um 2 Uhr zu ihrer Sitzung zusammen und wird dann bereits zu der Lage Stellung nehmen können, die durch die bis dahin dem Reichkanzler übermittelte Antwort Adolf Hitlers geschaffen ist.

## Außenminister Briand zurückgetreten

### Generalkommissar für Völkerbundsfragen?

Paris, 8. Jan. Der französische Außenminister Briand hat dem Ministerpräsidenten Caval aus Gesundheitsrücksichten sein Rücktrittsgesuch übermittelt.

Den ersten Anstoß zu diesem Schritt gab der Tod des Kriegsministers Maginot. Schon am Donnerstagvormittag hatte sich der Außenminister mit Caval telefonisch in Verbindung gesetzt und ihm erklärt, daß er die Stunde seines Rücktritts nunmehr für gekommen halte. Er sei krank, und es müsse daher Vorsorge für eine in jeder Hinsicht leistungsfähige Vertretung Frankreichs auf den Konferenzen getroffen werden. Es erweist sich ferner, daß Briand nicht wegen seiner Krankheit, sondern vielmehr wegen seines Rücktrittsentschlusses nicht mehr am letzten Ministerrat teilgenommen hat.

Ueber die Frage der Regierungsumbildung herrscht noch immer größte Unklarheit. Während die Presse ganz allgemein mit einer Erweiterung der Regierungsgesamtheit nach links rechnet, mehren sich in politischen Kreisen die Stimmen, die eine offizielle Beteiligung der bisher oppositionellen Linksrufen an der Kabinettsbildung aus parteipolitischen und psychologischen Gründen für äußerst schwierig und daher unwahrscheinlich halten. Viel eher sei damit zu rechnen, daß Caval seine Regierung durch Einzelpersönlichkeiten ergänze. In diesem Falle sei ein Gesamtrücktritt nicht unbedingt notwendig, da hierdurch ein Moment der Unklarheit geschaffen werden könnte. Diesem wird legt Tardieu als der geeignetste Mann für die Vertretung Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz genannt. Schließend muß noch erwähnt werden,

daß gewisse Kreise sehr geneigt scheinen, die französische Regierung als Organismus für eine Verflechtung der Konferenz zu benutzen.

In Regierungskreisen ist angeblich auch der Gedanke aufgetaucht, Briand nach seinem Rücktritt als Außenminister einen Kabinettsitz ohne Geschäftsbereich anzubieten. Dieser Gedanke soll von Caval ausgehen. Er wird damit begründet, daß Frankreich auf das Ansehen Briands in West nicht verzichten könne. Ihm würde dann etwa die Rolle eines Generalkommissars für Völkerbundsfragen und französischen Hauptvertreeters im Rat sowie im Europa-Konstab zufallen.

### „Nichts ohne Deutschland“

Schöber über die Genfer Verhandlungen

Wien, 8. Jan. Im Hauptauschuß des österreichischen Nationalrates erklärte Außenminister Dr. Schöber im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise des Bundeskanzlers und Finanzministers nach Genf einen Bericht über die außenpolitische Lage. Dr. Schöber betonte a. a.: Wenn bei den Verhandlungen in der Schweiz von irgend einer Seite

die Frage eines engeren Zusammenschlusses der Donau-Länder aufgeworfen werde, dann würde Österreich nichts ohne das Deutsche Reich unternehmen.

In der Aussprache fanden die Anschauungen des Außenministers die Billigung der Parteien.

Darüber wurde die dritte Disziplinarverordnung beraten. Die Führer der Regierungsmehrheit äußerten Bedenken besonders gegen den Teil der Verordnung, der für die Ausfuhr den Fakturierungszwang in fremder Währung mit in Schluß zieht. Der Bundeskanzler Dr. Burck erklärte, die Disziplinarverordnung sei eine der Voraussetzungen für einen günstigen Verlauf der Genfer Verhandlungen.

### „Tributpolitische Durchbruchschlacht“?

Rehta (Oldenburg), 8. Jan. Im Rahmen des Vertretertag der Oldenburgischen Zentrumspartei machte Prälat Kaas Ausführungen über die Methoden des deutschen Kampfes um die Anbahnung der endgültigen reparationspolitischen Lösung. Die Weisheit des bisherigen Kampfes, so sagte Kaas, galt der moralischen Vorbereitung des Kampfes. Nun gilt es, diese moralische Vorbereitung auszuweiten auf praktische und endgültige Ergebnisse. Die geschichtlichen Wirkungen der baronischen reparationspolitischen Lösung sind heute nicht nur in Deutschland, sondern im Gefolge der Weltwirtschaft so offenbar, daß die Aussichten für ein Gelingen der reparationspolitischen Durchbruchschlacht heute härter sind als in der Vergangenheit.

Dr. Kaas ging auch auf die Frage der Präsidentschaftswahl ein und unterstrich mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Heraushebung dieser für die innen- und außenpolitische Entwicklung äußerst bedeutsamen Frage aus den Niederungen parteipolitischer Debatte und Interessen.

### Klarheit für Lausanne!

Die Vorbereitungsarbeit für die Tributkonferenz ist in den letzten Tagen durch eine Unzahl von Gerüchten gestört worden, die nicht zur Klärung beigetragen, sondern eine große Verwirrung herbeigeführt haben. Das ist, vom deutschen Standpunkt gesehen, kein guter Kustakt für eine politische Auseinandersetzung, von der die Gestaltung der Zukunft, Wiederaufstieg oder weiterer Niedergang, in ebenso hohem Maß abhängen, wie von den innenpolitischen Entscheidungen, die mit der Aussprache Brüning-Otlet über die Präsidentschaftsfrage ins Rollen gekommen sind. In der Flut von Ausstellungen, die meist von interessierter Seite stammen, dringt immer wieder die Auffassung durch, daß die Lausanner Konferenz schon vor ihrem Zusammentritt erledigt sei. Die Einigung zwischen der französischen und der englischen Politik habe sich nicht verhindern lassen, und zwischen diesen beiden tonangebenden Reparationsmächten sei das Ergebnis von Lausanne schon in der Welt umritten, daß die Entscheidung nach einer kurzfristigen Verlängerung des bestehenden Tributkomitees auf den Sommer oder auf einen noch späteren Zeitpunkt verlagert werde. Zwischen den Zeilen dieser Darstellung ist dann zu lesen, daß der Reichsregierung angeichts der in Paris und London geschaffenen Tatsachen nichts anderes übrigbleibe, als sich damit abzufinden und ohne viel Aufheben der vorerwähnten Zwischenlösung beizutreten. Leider machen sich in der Linkspresse auch schon Stimmen bemerkbar, die für einen solchen deutschen Rückzug plädieren mit der allbekanntesten Begründung, daß jeder Widerstand nutzlos sei und Deutschland im übrigen Zeit habe, zu warten, bis es dem Franzosen genehm ist, sich mit der Lösung des Reparationsproblems ernsthaft zu befassen. Das ist schon falsch; denn die ungeklärte Tributfrage verlagert mit den ihr innewohnenden Gefahren nicht nur die inneren und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, sondern sie hält die ganze Weltwirtschaft in Unruhe und verhindert die Rückkehr des Vertrauens, das allgemein als die erste Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise bezeichnet wird. Deshalb haben auch die Sachverständigen in Basel den Regierungen sofortige und durchgreifende Maßnahmen dringend empfohlen. Ihr Gutachten kann keinesfalls als eine Verantwortung eines Provisoriums ausgelegt werden, das alles in der Schwebe läßt. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß jetzt der psychologische Augenblick gekommen ist, in dem auf Biegen oder Brechen die Vertretung der Welt vom Abdruck des Tributforums erzwungen werden muß, weil jeder Aufschub unerträglich wäre. Darum ist es erfreulich, aber nicht ganz überzeugend, wenn von deutscher Seite allen diesen Zwischenlösungsgeschichten mit der Versicherung entgegengetreten wird, daß die Reichsregierung von ihrem Standpunkt nicht abgewichen sei, und daß für sie noch wie vor nur die Endlösung als Ziel der Lausanner Konferenz in Frage komme. Wir sagen nicht aber zureichend, nicht weil wir die feste Absicht des Reichskanzlers auf Einhaltung dieser Richtlinie bezweifeln, sondern weil diese Absicht nur in gelegentlichen Presseäußerungen, aber nicht in amtlicher und jedenfalls nicht in genügend deutlicher Form zum Ausdruck gebracht worden ist.

An dem Mangel einer solchen Festlegung der deutschen Politik krankt die ganze Konferenzvorbereitung. Er hat die verwirrenden Gerüchte ins Kraut ziehen lassen und die von Paris angehende Vernebelung des Lausanner Vorabendes beunruhigt. Hätte man in Berlin mit derselben Folgerichtigkeit und Schärfe die deutsche Stellung für die Tributkonferenz herausgestellt, wie es die französische Regierung in ihrer Stellungnahme für den Provisoriums-gedanken getan hat, dann wäre es der französischen Propaganda nicht möglich gewesen, der Welt einzureden, man brauche die Deutschen in Lausanne nur vor vollendete Tatsachen zu stellen, dann würden sie, wie immer, klein beigeben. Diese Auffassung finden wir bestätigt in einer Londoner Meldung, daß die englische Regierung noch keine endgültigen Beschlüsse über die Frage: „Wissen- oder Endlösung“ gefaßt habe, und daß Endgültiges darüber nicht beschlossen werden könne, „we nicht der deutsche Standpunkt klar niedergelegt und den anderen Mächten bekanntgegeben sei“. Also London wartet auf eine maßgebliche deutsche Weisung; es will wissen, ob in Lausanne mit einem ernsthaften deutschen Widerstand gegen Verfallsversuche zu rechnen ist oder ob Deutschland die bisher übliche Politik der Nachgiebigkeit fortsetzen wird. Der Reichkanzler hat sich in seiner Eigenschaft als Außenminister öffentlich noch nicht mit der Deutlichkeit geäußert, die im Auslande als Festlegung empfunden worden wäre. Als einziger Verantwortlicher hat bisher überhaupt nur der Reichsfinanzminister Dietrich in seiner Rede auf dem Parteitag der württembergischen Demokraten Stellung genommen, aber nur so am Rande seiner parteipolitischen Ausführungen und in einer Form, die außerhalb der deutschen Grenzen gleichfalls nicht als Antwort auf die große Frage der Stunde verstanden werden konnte. Auch die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß der

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.